

***Prävention im Bereich
des religiös begründeten Extremismus:
Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Träger***

Rüdiger José Hamm

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Gewalt und Radikalität
Ausgewählte Beiträge des 23. Deutschen Präventionstages
11. und 12. Juni 2018 in Dresden
Forum Verlag Godesberg GmbH 2019, Seite 253

978-3-96410-000-9 (Printausgabe)
978-3-96410-001-6 (eBook)

Rüdiger José Hamm

Prävention im Bereich des religiös begründeten Extremismus: Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Träger

Gesellschaftliche Polarisierungen und Radikalisierungen politischer Milieus haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Skepsis gegenüber dem demokratischen politischen System scheint zu wachsen und kann nicht mehr als eine Randerscheinung innerhalb der Gesellschaft beschrieben werden. Extremistische Gruppierungen wachsen nicht unbedingt an, sie radikalieren sich jedoch zunehmend und die Schwelle zur Durchführung politisch motivierter Straftaten sinkt zunehmend.

Auch die gewaltbereite dschihadistische Szene hat in den vergangenen Jahren zugenommen und die Sicherheitslage in Deutschland insbesondere seit 2016 durch eine Reihe von Anschlägen und Anschlagsvorbereitungen verschärft. Die Gefahren gehen dabei immer mehr von so genannten home-grown-Tätern aus, nicht von potenziellen Tätern aus dem Ausland. Nach den militärischen Niederlagen des so genannten „Islamischen Staates“, rücken auch Fragen nach dem Umgang mit Rückkehrer*innen aber auch mit den Kindern, die in dschihadistischen Familien aufwachsen, mehr in den Fokus öffentlicher und fachlicher Debatten. In diesem Zusammenhang besitzt die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit eine große Bedeutung. Diese Arbeit wird in Deutschland seit geraumer Zeit maßgeblich von einer Bandbreite an zivilgesellschaftlichen Trägern geleistet und steht vor einer Reihe von Herausforderungen.

Die BAG RelEx

Die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus, die am 30. November 2016 gegründet wurde, ist ein Verein mit aktuell 28 zivilgesellschaftlichen Trägern aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Arbeit der Mitglieder konzentriert sich auf islamistisch begründete Formen des Extremismus, aber auch andere Formen religiös begründeter Extremismen sollen in der BAG zukünftig berücksichtigt werden.

Die BAG RelEx verfolgt verschiedene Ziele: Die BAG RelEx fördert die Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Träger und stärkt den Austausch mit Akteur*innen aus der Politik, öffentlicher Verwaltung und Wissenschaft. Zudem wird der Rahmen für einen intensiven fachlichen Austausch über inhaltliche und methodische Ansätze und Erfahrungen geboten. Vor allem sollen aber die inhaltlichen Ansätze in den Themenfeldern Prävention und Deradikalisierung weiterentwickelt werden. Die Arbeit der Mitglieder innerhalb der BAG RelEx an fachlichen Weiterentwicklungen haben auch

zum Ziel, Interessen der zivilgesellschaftlichen Träger an staatliche und politische Akteur*innen formulieren zu können, damit die wichtigen Aufgaben der Prävention nicht nur in einer breiteren Öffentlichkeit Gehör finden, sondern die Rahmenbedingungen für die eigene Arbeit optimieren zu können. Der Verein bietet eine Plattform, um diesbezügliche Aktivitäten, Initiativen und Projekte auch in der fachfernen Öffentlichkeit vorzustellen und ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Notwendigkeit von zivilgesellschaftlicher Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zu schaffen. Der Zivilgesellschaft kommt in der Prävention und Deradikalisierung eine Schlüsselrolle zu.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ und der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Verhindern – was und wie?

Prävention (lat. *praevinire* „zuvorkommen“ / „verhüten“) bezeichnet allgemein Maßnahmen und Aktivitäten zur Abwendung sowie Verhinderung von unerwünschten Ereignissen oder Zuständen. Der Begriff der Radikalisierung beschreibt die Hinwendung eines Individuums oder einer Gruppe zu radikalen oder extremen politischen, sozialen oder religiösen Einstellungen und Überzeugungen und gegebenenfalls die Aneignung einer dementsprechenden Ideologie. In der Form allgemein formuliert, erscheint das Arbeitsfeld als relativ deutlich, jedoch gibt es nach wie vor fachlich-wissenschaftliche Debatten über die genauen Inhalte und Methoden. Die Debatten und Diskussionen stehen exemplarisch für die Dynamik des Feldes und gleichzeitig für die Weiterentwicklung der Konzepte und Herangehensweisen.

Etwas elaborierter formuliert, kann eine Radikalisierung eines jungen Menschen als ein Prozess beschrieben werden, in dem ein Individuum politische, soziale, weltanschauliche oder religiös begründete Denk- und Handlungsweisen übernimmt bzw. Einstellungsmuster entwickelt und Handlungen durchführt, die sich gegen demokratische und menschenrechtlichen Normen und Werte richten. Dieser Prozess unterliegt einer Reihe von Ursachen und besitzt je nach Individuum unterschiedliche Dynamiken, die nicht als ein linearer Vorgang mit einem bestimmten Anfangspunkt zu verstehen ist, der dann automatisch und unabdinglich in den Terrorismus führt. Ein Ausstieg aus einem Radikalisierungsprozess und eine Resozialisierung sind möglich. Es gibt jedoch nur wenige allgemeingültige Aussagen über Radikalisierungsprozesse. Es steht jedoch fest, dass es bei jungen Erwachsenen und Jugendlichen keine Radikalisierungen im stillen Kämmerlein oder so genannte Turboradikalisierungen gibt, sondern, dass stets direkte Kontakte zu extremistischen Gruppen eine fundamentale Rolle spielen. Die Entwicklung und Verinnerlichung von menschenfeindlichen Ideologien sowie die Ablehnung von Grund- und Menschenrechten, die dann religiös begründet werden, ist auf keine gesellschaftliche Gruppe oder religiöse Glaubensrichtung

beschränkt: Extremistinnen und Extremisten finden sich in allen gesellschaftlichen Schichten sowie Milieus und legitimieren die eigenen Ansichten mit unterschiedlichen, vermeintlich religiösen Begründungen.

Prävention von religiös begründetem Extremismus / einer Radikalisierung

Für die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit bedeutet dies, dass eine nachhaltige Stärkung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen muss und individuelle, gesellschaftliche und politische Risikofaktoren in den Blick nehmen muss. Die Ausformung von Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, die eine Abwendung von der Gesellschaft und die Hinwendung zu extremistischen Szenen attraktiv machen können. In der Regel kommen mehrere Faktoren in unterschiedlicher Konstellation zusammen.

Präventionsarbeit – nicht nur – im Bereich des religiös begründeten Extremismus bedeutet demnach zuerst die Stärkung von demokratischen und an Menschenrechten orientierten Kompetenzen und damit gleichzeitig die Entwicklung und Stärkung bzw. die Förderung der Resilienz gegenüber antidemokratischen Denk- und Handlungsweisen. Nur so kann die Entstehung von individuellen und gemeinschaftlichen Denk- und Handlungsweisen bei Personen verhindert werden, die rechtsstaatliche, demokratische und menschenrechtliche Normen und Werte ablehnen und letztlich Gewalt gegen andere Menschen und Institutionen als legitimes Mittel betrachten.

Dabei dürfen nicht nur Individuen und einzelne Gruppen in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit betrachtet werden, sondern auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen, wie z.B. Diskriminierungserfahrungen, politische Diskurse, politische Ereignisse und gesellschaftliche wie auch staatliche Versäumnisse. Diese und weitere Faktoren können dazu führen, dass sich Menschen von Werten und Normen einer demokratischen Gesellschaft und eines demokratischen politischen Systems abwenden und sich ein extremistisches Weltbild aneignen.

Herausforderungen

Es existieren für das Arbeitsfeld der Prävention (inklusive der Deradikalisierungs- und Ausstiegsbegleitung) eine Reihe von Herausforderungen, die sich die zivilgesellschaftlichen Träger seit langer Zeit annehmen. Diese Herausforderungen waren ein maßgeblicher Grund für die Gründung der BAG RelEx, die Raum für die Vernetzung, den fachlichen Austausch und die Weiterentwicklung des Feldes bietet. An dieser Stelle können jedoch nicht alle Herausforderungen genannt werden.

Als eine große Herausforderung ist zu nennen, dass vor allem religiös begründete Radikalisierung ein politisch sehr brisantes Thema ist. In der breiten Öffentlichkeit existiert wenig Wissen über Mechanismen einer Radikalisierung und adäquate Ge-

genmaßnahmen. Die Tatsache, dass Radikalisierungsprozesse individuell verlaufen und es keine 10 goldenen Regeln gibt, die in jedem Fall helfen, tragen nicht dazu bei, Präventionsmaßnahmen jederzeit als sinnvoll erscheinen zu lassen. Um es plastisch zu formulieren: Wenn Präventionsarbeit qualitativ gut verläuft, passiert am Ende nichts. Und dieses „Nichts“ nachzuweisen, bzw. dass die Präventionsmaßnahmen zu diesem „Nichts“ geführt haben, ist schwerlich nachzuweisen. Trotzdem existiert ein großer, auch nachvollziehbarer Druck seitens staatlicher und politischer Akteur*innen sowie der fachfremden Öffentlichkeit, die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen nachzuweisen. Es müssen nachweisbare Ergebnisse erzielt werden. Politische Einstellungen lassen sich jedoch nicht über Nacht, auch nicht über Wochen ändern, da sie auch über Jahre entwickelt wurden und mit persönlichen Erfahrungen verbunden sind. Zudem ist fraglich, ob man von außen politische Denk- und Handlungsweisen ändern kann und ob man mit dieser Herangehensweise nicht die jungen Menschen pathologisiert. Es fehlt eine allgemein anerkannte „Theorie“ zu Radikalisierungsprozessen ebenso, wie wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über Resilienzfaktoren. Dieser Umstand muss aber nichts Negatives bedeuten, denn die individuellen Prozesse erfordern auch immer wieder individuelle Herangehensweisen. Die Existenz unterschiedlicher Ansätze im Arbeitsfeld ermöglicht es auch, auf unterschiedliche Phänomene angemessen reagieren zu können. Die jahrelangen Erfahrungen und die Expertisen der Mitarbeitenden der zivilgesellschaftlichen Träger stellen zudem sicher, dass den jungen Menschen adäquat begegnet werden kann.

Demokratie- und menschenrechtsfeindliche Diskurse innerhalb der Gesellschaft sind generell ein bedrohliches Problem und sie wirken sich auch direkt auf Präventionsarbeit aus. Wenn die Akzeptanz für Demokratiefeindlichkeit innerhalb der Bevölkerung wächst, bzw. menschenrechtliche Normen und Werte immer weniger internalisiert sind, wenn Politik diesem Umstand nicht angemessen begegnet und teilweise sogar selbst (bewusst oder unbewusst) fördert, dann kann Präventionsarbeit nicht gelingen und gleicht immer mehr einer Sisypheaufgabe. Dieser Herausforderung kann die Zivilgesellschaft nur gemeinsam mit staatlichen Akteur*innen im partnerschaftlichen Austausch und klaren Rollenverteilungen begegnen. Notwendig ist hier vor allem ein Umgang auf Augenhöhe zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Trägern.

Essentiell wichtig ist auch die Frage nach dem eigenen Demokratieverständnis. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive unterscheiden sich demokratische politische Systeme erheblich und gleiches gilt für demokratische politische Kulturen von Gesellschaften. Das Grundgesetz und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bieten notwendige und gute Grundlagen für ein friedliches Miteinander. Die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) stellt demokratietheoretisch notwendige Kriterien für ein pluralistisches, repräsentatives, demokratisches politisches System dar. Jedoch sagt sie noch nicht viel über die Qualität einer Demokratie aus, die zudem

individuell unterschiedlich bewertet werden kann. Es geht (nicht nur) in der Präventionsarbeit also auch immer um die Frage, wie wir miteinander Leben wollen!? Demokratien sind ebenso wie Gesellschaften dynamisch und ändern sich. Demokratie kann auch nicht unbedingt als ein Endzustand gedacht werden, den wir bereits erreicht haben. Um Demokratie und Menschenrechte muss immer wieder gerungen werden. Der Austausch von Meinungen und unterschiedlichen Standpunkten ist ein Wesensmerkmal der Demokratie – wenn diese Meinungen nicht gegen geltendes Gesetz und menschenrechtliche Normen verstoßen.

Arbeits- und Handlungsfelder

Da über Radikalisierungsprozesse keine oder nur sehr wenige generalisierende Aussagen getroffen werden können, ist die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit in Deutschland nicht auf einzelne Handlungsfelder wie Schule oder Jugendgerichtshilfe beschränkt, sondern umfasst neben unterschiedlichen Bildungsangeboten (politische, interkulturelle, Medien-, religiöse Bildung) u.a. auch die Handlungsfelder Soziale Arbeit, (aufsuchende) Jugendarbeit, Maßnahmen in Justizvollzugsanstalten, Ausstiegsbegleitung, Empowermentmaßnahmen, Sensibilisierungsmaßnahmen, Beratungen, Interventionen, Elternarbeit, Jugendhilfe, Familien- und Erziehungsberatung, (religiöse) Gemeindegarbeit, psychosoziale Arbeit, Freizeitpädagogik und Sport. Die in der Forschung dokumentierte Vielschichtigkeit von Radikalisierungsgründen und -verläufen, muss die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit gerecht werden und glücklicherweise ist das zivilgesellschaftliche Arbeitsfeld breit aufgestellt. Insofern ist nicht nur die Schärfung der eigenen Arbeit in Bezug auf Konzepte und Herangehensweisen sowie deren Weiterentwicklung notwendig, sondern auch die Zusammenarbeit und Vernetzung einer Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren auf kommunaler, Landes-, Bundes- aber auch europäischer Ebene: Schulen, Jugendhilfeträger, außerschulische Bildungsträger, soziale und therapeutische Beratungsstellen, Sport- und Kulturvereine, Gemeinden, Polizei, Strafvollzug und Forschung sind für eine sinnvolle und erfolgsversprechende Präventions- und Deradikalisierungsarbeit eine wichtige Voraussetzung.

Die Herausforderung angesichts dieser großen Bandbreite an Handlungsfeldern ist eine Einigung auf Qualitätskriterien, da eine Reihe von Standards und gesetzlichen Grundlagen existieren, die für die unterschiedlichen Arbeitsbereiche und Zielgruppen gelten. Neben dem Grundgesetz und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind u.a. zu nennen: der Beutelsbacher Konsens als Standard der politischen Bildungsarbeit, der Systemische Ansatz als Standard in der Sozialen Arbeit und das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) als Grundlage der Kinder- und Jugendhilfe. Daneben existieren in den einzelnen Trägern unterschiedliche Standards, was z.B. die Annahme von Beratungsfällen, die Durchführung von Workshops in Schulen, Fortbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen oder die Begleitung in der Ausstiegshilfe angeht.

Auch hier steht die Präventionslandschaft vor großen Herausforderungen. Eine Einigung auf Standards und Qualitätskriterien des Arbeitsfeldes (der Arbeitsfelder) muss die Notwendigkeit der Vielfalt der Ansätze und Herangehensweisen berücksichtigen. Zudem müssen nach einer Einigung auf Grundsätze auch Qualifizierungsmaßnahmen entwickelt werden, die überprüfbar sein müssen. Das erfordert nicht nur den Einsatz von erheblichen personellen, sondern auch finanziellen Ressourcen. Auch die Bindung des Fachpersonals muss durch eine angemessene Bezahlung ermöglicht werden. Eine Verstetigung der Arbeit ist dazu unumgänglich. Die Arbeit der Träger muss auch stärker in Regelstrukturen eingebunden werden können, wobei es notwendig ist, dass z.B. Maßnahmen in Schulen durchgeführt werden können, die begleitend zum Schulunterricht stattfinden und Lehrkräfte nicht überfordern oder dazu führen, dass Präventionsmaßnahmen lediglich als Feuerwehrmaßnahme herangezogen werden, die dann innerhalb von einem Projekttag das gesamte Schulklima verändern sollen. In diesem Zusammenhang ist die Förderung des Verständnisses von Präventionsarbeit als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe zu unterstützen, bei dem die Präventionslandschaft die eigenen und notwendigen Expertisen im partnerschaftlichen Austausch mit allen Beteiligten einbringen kann. Hierbei ist vor allem die Klärung des Verhältnisses zwischen zivilgesellschaftlichen Trägern und staatlichen Behörden – insbesondere den Sicherheitsbehörden – unabdingbar. Prävention lediglich aus dem Blickwinkel von Sicherheitsmaßnahmen zu betrachten, kann unter Umständen Radikalisierungen befördern.

Weitere Herausforderungen und Fragestellungen

Als weitere Herausforderungen im Arbeitsbereich hat sich die Genderthematik herausgestellt. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Ansprachen von Extremist*innen an vor allem junge Menschen, müssen auch entsprechende Umgangsweisen damit entwickelt werden. In diesem Zusammenhang muss generell die Entwicklung der dschihadistischen Szene nach der militärischen Niederlage des so genannten Islamischen Staates beobachtet werden. Auch wird es wichtig sein, einen adäquaten Umgang mit Rückkehrer*innen und ihren Kindern zu finden, der immer am Wohle des Kindes orientiert sein muss und nicht populistischen Forderungen folgt. Zudem dürfen auch in Zukunft Wechselwirkungen zwischen rechtsextremen und dschihadistischen Gruppierungen nicht aus dem Blickfeld geraten.

Die BAG RelEx sieht es als ihre Aufgabe an, sich über den Erfahrungsaustausch und den Wissenschafts-Praxis-Dialog auf Leitlinien und Qualitätsstandards für die zivilgesellschaftliche Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zu einigen, die fachlichen Inhalte und Methoden weiterzuentwickeln und dabei auch notwendige gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen zu benennen, in denen eine solche Arbeit erfolgreich sein kann. Ziel der BAG RelEx ist es, die Präventionsarbeit langfristig als eigenständigen Arbeitsbereich zu konsolidieren, um eine ressourcensparende und zielgenaue Umsetzung von Präventions- und Deradikalisierungsangeboten zu ermög-

lichen. Dafür bedarf es einer partnerschaftlichen, strukturellen und langfristigen Unterstützung durch Politik und Verwaltung.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

I. Der 23. Deutsche Präventionstag im Überblick

Ute Frevert

Präventionsrede: „Gewalt und Radikalität, heute und gestern“ 9

Dirk Baier

Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag:
„Gewalt und Radikalität – Forschungsstand und Präventionsperspektiven“ 13

Erich Marks

Zur Eröffnung des 23. Deutschen Präventionstages in Dresden:
Angesichts der zunehmenden Komplexität von Krisen „muss die
Prävention im Mittelpunkt unseres Handelns stehen“ 99

Erich Marks, Karla Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 23. Deutschen Präventionstages 115

Merle Werner, Rainer Strobl

Evaluation des 23. Deutschen Präventionstages am 11. und 12. Juni 2018
in Dresden 145

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Frank Buchheit

Resonanzachsen und ideologische Deradikalisierung 199

Marc Coester

Der schmale Grat zwischen Hate Speech und Meinungsfreiheit 217

Mathieu Coquelin

Da.Gegen.Redde – Ein Modellprojekt zur Stärkung im Umgang mit
Hass im Netz 227

Bernt Gebauer

„Free to Speak – Safe to Learn“ - Democratic Schools for All
Unterrichten kontroverser Themen als Extremismusprävention 239

<i>Rüdiger José Hamm</i> Prävention im Bereich des religiös begründeten Extremismus: Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Träger	253
<i>Yuliya Hauff</i> Prävention von Radikalisierung in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten	261
<i>Christian Heincke; Anika Aschendorf, Annika Jacobs</i> „Helden statt Trolle – Krass gesagt? Hinterfragt!“	268
<i>Franziska Heinze</i> Bewährte Modelle der Radikalisierungsprävention verbreiten	275
<i>Frank König</i> Rechtsextremismusprävention: Vom Spezial- zum Regelangebot	285
<i>Oliver Malchow</i> „Politische Radikalisierung – Prävention ist Aufgabe aller“	297
<i>Colette Marti</i> Narrative zur Prävention von Radikalisierung im Internet: ein gesamtschweizerisches Projekt der Nationalen Plattform Jugend und Medien	303
<i>Björn Milbradt</i> Rechtspopulismus als Herausforderung für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung	307
<i>Iris Alice Muth, Katharina Penev-Ben Shahr</i> Radikalisierungsprävention im Bund: „Demokratie leben!“	319
<i>Uwe Nelle-Cornelsen</i> Radikalisierte/-ierung im Justizvollzug – ein Praxisbericht	329
<i>Thomas Pfeiffer, Stefan Wößmann</i> VIR: VeränderungsImpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen	337
<i>Juliane Reulecke, Daniel Speer</i> Ein virtuelles Training gegen Hass und Gewalt	345
<i>Karoline Roshdi</i> Spektrum Reichsbürger – Gefahren der Gewalt	353

<i>Larissa Sander</i> Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug	365
<i>Tanja Schwarzer</i> Extremismusprävention auf lokaler Ebene – Ein Videospot	371
<i>Kerstin Sischka</i> Psychotherapeutische Beiträge zur Extremismus-Prävention. Erfahrungen, Grundlagen und Kooperationsmöglichkeiten.	375
<i>Melanie Wegel</i> Radikalisierungsprävention durch Theaterpädagogik	387
<i>Tilman Weinig</i> X-Games - Spiel zur Radikalisierungsprävention an Schulen	397
<i>Wolfgang Weissbeck</i> Schnittstellen und gemeinsame Herausforderungen durch Amokhandlungen und andere schwere Gewaltandrohungen	403
III Autor*innen	417